

OFFENER BRIEF

Ethikunterricht als „Ersatzpflichtgegenstand“: wenn Religionsfreiheit zum Religionszwang mutiert

Am 4. Mai 2011 wird eine parlamentarische Enquete unter dem vielversprechenden Titel „*Werteerziehung durch Religions- und Ethikunterricht in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft*“ stattfinden. Diese Veranstaltung soll die bundesweite Einführung des Ethikunterrichtes als Ersatzpflichtgegenstand für jene SchülerInnen, die – aus welchem Grund auch immer – den Religionsunterricht nicht besuchen, vorbereiten.

Abgesehen davon, dass der Religionsunterricht als solcher in öffentlichen Schulen auf Kosten der Allgemeinheit in Frage zu stellen ist, betrachten wir den Pflichtethikunterricht, wie er in 194 Schulen als Schulversuch bereits stattfindet, als diskriminierend, undemokratisch und einer pluralistischen Gesellschaft nicht würdig. Eine Ausweitung dieses „Schulversuches“ auf weitere Schulen kann in dieser Form nicht geduldet werden.

In diesem Zusammenhang halten wir folgendes fest:

1. Kein Religionsunterricht, dessen Gestaltung der jeweiligen gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaft obliegt, kann einen gleichwertigen Ersatz für einen fundierten und weltanschaulich neutralen Ethikunterricht bieten. **Wir fordern daher, dass der Besuch eines etwaigen Ethikunterrichtes für alle SchülerInnen verpflichtend sein wird und zwar unabhängig davon, ob ein Religionsunterricht besucht wird oder nicht. Dies muss unverzüglich auch für den bereits laufenden Schulversuch gelten!**
2. Die langjährige Forderung nach der Einführung eines zwingenden Ethikunterrichtes wurde insbesondere auf Drängen der katholischen bzw. evangelischen Kirche und deren politischer Vertreter energisch vorangetrieben. Der Ethikunterricht wird großteils von zunehmend arbeitslosen ReligionslehrerInnen erteilt, während die Erstellung der Lernunterlagen für den Ethikunterricht über weite Strecken von Theologen vorgenommen wurde. **Wir fordern daher eine gesetzliche Regelung, welche die weltanschauliche Neutralität des Ethikunterrichtes gewährleistet und damit verhindert, dass die auch ansonsten privilegierten gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften ihren Einfluss im öffentlichen Schulsystem ausbauen.**
3. Das österreichische Bildungssystem ist im internationalen Vergleich teuer, ineffizient, intransparent und dringend reformbedürftig. Ferner ließ sich über die Jahre beobachten, dass ausgerechnet der Religionsunterricht, der ohnehin als Fremdkörper im Bildungswesen gilt, anders als alle anderen Schulfächer NIE von Kürzungen betroffen war. **Wir fordern daher, dass eine etwaige flächendeckende Einführung des Ethikunterrichtes erst nach einer umfassenden Analyse des Bildungssystems stattfinden wird und einer professionellen und nicht politisch motivierten Reihung der Schulziele folgen muss. Dies muss sinngemäß auch für eine etwaige Beibehaltung des derzeitigen Status-quo (Ethikunterricht bereits als Schulversuch in 194 Schulen) gelten!**

Eine staatlich angeordnete „ethische Erziehung“ stellt eine sehr problematische Angelegenheit dar, die leicht missbraucht werden kann und vor allem in Staaten mit einem fragwürdigen Demokratieverständnis in der Tat auch oft missbraucht wird. Wir, nicht nur als Philosophie-, Pädagogik- und SoziologexpertInnen sondern auch als besorgte BürgerInnen können nicht zulassen, dass unter dem Deckmantel der „Werteerziehung“ religiöse bzw. politische Interessen auf Kosten der Religionsfreiheit sowie des Rechtes, frei von Religion leben zu dürfen, durchgesetzt werden. Und schon gar nicht zulasten der Bildung.

Bei diesem Etikettenschwindel machen wir nicht mit!